



## Der Imre-Nagy-Prozess

von

György Dalos

Imre Nagy (1896-1958) entstammte einer Bauernfamilie aus Südwestungarn. Seine Eltern arbeiteten jedoch bereits bei der Stadtverwaltung Kaposvár: der Vater als Kutscher, die Mutter als Diensthilfe. Er selbst musste wegen Armut seinen Schulbesuch abbrechen und wurde zum Maschinenschlosser ausgebildet. Als Wehrpflichtiger wurde er 1914 in die k. u. k. Armee einberufen, kämpfte an der italienischen bzw. russischen Front und geriet nach einer Verwundung in russische Gefangenschaft. Unter dem Einfluss der Oktoberrevolution trat Nagy 1918 der von ungarischen Kriegsgefangenen des sibirischen Lagers Beresowka gegründeten sozialdemokratischen Partei bei, die zunehmend bolschewistisch agierte. Nach Rückkehr, 1920, wurde er in Kaposvár Versicherungsbeamter, setzte jedoch gleichzeitig die illegalen kommunistischen Aktivitäten fort und verlor seine Stelle, 1927 wurde er sogar für kurze Zeit inhaftiert. Da er bereits verheiratet war und seine Frau das erste Kind erwartete, ging er auf Vorschlag seiner Genossen nach Moskau, um in der Führung der dortigen ungarischen KP zu arbeiten: Aufgrund seiner Berichte und seiner in der Exilpresse veröffentlichten Aufsätze galt er als Agrarfachmann und wurde für die Dorfarbeit eingesetzt.

Ausgerechnet wegen seines Spezialgebiets kam Imre Nagy zum ersten Mal in Konflikt mit der Parteiführung: Diese hielt, wie fast alle damaligen KPs, an ihrer Doktrin einer bevorstehenden Revolution und Einführung der proletarischen Diktatur nach sowjetischem Muster fest, während Nagy als Kenner der realen ungarischen Gegebenheiten eine lang anhaltende Übergangphase vom feudal geprägten Kapitalismus zum Sozialismus empfahl.

Diese These galt damals als „Rechtsabweichung“ und obwohl Nagy sich bereit zeigte, von den eigenen Ansichten Abstand zu nehmen, blieb seine Häresie in Kaderakten festgehalten. Er wollte sich offensichtlich aus den wütenden Fraktionskämpfen der KPU heraushalten und wechselte auf wissenschaftliches Terrain: Er wurde Mitarbeiter des



Wirtschaftsinstituts der kommunistischen Internationale. Danach arbeitete er als Redakteur der ungarischen Sendung des sowjetischen Rundfunks.

Nagys Aufstieg begann eigentlich erst nach dem Krieg, als die ungarischen Exilkommunisten heimkehren und sofort die Regierung bilden konnten. Da jedoch Stalins damaligen Vorstellungen zufolge die „Volksdemokratie“ in Süsteuropa die Form einer sowjetisch-kommunistisch dominierten, dennoch pluralistischen Einrichtung annehmen sollte, erhielt er in der ersten antifaschistischen Koalitionsregierung den Posten des Landwirtschaftsministers und galt als Vater der Landreform, der Auflösung des feudalen Großgrundbesitzes. Er war, sozusagen, das bäuerliche Gesicht der Partei. In diesen Jahren optierte der Parteifunktionär Nagy für seine alte Idee des lang anhaltenden Bestehens des Privatsektors in der Landwirtschaft und glaubte sich mit der Generallinie einig. Die Parteiführung unter dem Altkommunisten Mátyás Rákosi plante jedoch, sicher nicht ohne Moskaus Inspiration, die Kollektivierung. So wurde Nagy Ende 1948 zu einer demütigenden Selbstkritik gezwungen und später, mit der Etablierung der Diktatur, zum Minister für „Erfassung“ – praktisch Requisition – der dörflichen Produktion und ökonomischen Ausbeutung der „Grossbauern“ ernannt. Er musste also, entsprechend der Parteidisziplin, das Gegenteil dessen verwirklichen, von dem er überzeugt war. Das alles ließ er klaglos über sich ergehen.

Die Geburtsstunde von Imre Nagy als Politiker kam erst kurz nach Stalins Tod. Auf geheim dienstlichen Kanälen erreichten die sowjetische Parteiführung beunruhigende Berichte über die Zustände in Ungarn. So wurde im Juni 1953 eine hohe Parteidelegation aus Budapest und Moskau beordert. Ihre ätzende Kritik betraf Verfehlungen in der Wirtschaftsplanung, vor allem Vernachlässigung des Konsums zugunsten der Industrie, die äußerst gewaltsame Kollektivierung, die ungemein hohe Zahl der politischen Gefangenen und Internierten sowie Rákosis Personenkult – allesamt Phänomene, welche noch kurz zuvor Moskaus Billigung gefunden hatten. Möglicherweise wollte der Kreml eine Art Pilotprojekt der eigenen, bereits beabsichtigten Reformen in dem Bruderland starten. Als personelle Konsequenz aus der bisherigen Lage empfahlen sie die Teilung des höchsten Partei- und Regierungspostens: So sollte Rákosi Parteichef bleiben und Imre Nagy die Regierungsgeschäfte übernehmen.



Und da Moskaus Vorschläge eigentlich als Ukas galten, entschied sich der Parteivorstand gleich nach der Rückkehr der Delegation zu einem „neuen Kurs“. Da es Imre Nagy war, der diesen neuen Kurs als erster im Parlament verkündete, wurde er in seiner Funktion als neuer Ministerpräsident, ohne es zu wollen, zum Hoffnungsträger aller sozialen Schichten, die unter dem staatlichen Terror litten.

Von diesem Moment an entfaltete sich eine einmalige Dynamik: Hunderte von LPGs wurden von den Bauern aufgelöst, Lager- und Gefängnisinsassen wurden nach und nach in Freiheit entlassen, die staatliche Zensur im kulturellen Bereich gelockert. Die Veränderungen berührten allerdings nicht die Grundlagen des Systems: Die ungeteilte Macht der KP und die allgemeine Präsenz der Geheimpolizei. Umso radikaler wirkten sie sich auf die Atmosphäre aus. Für Rákosi und seine Gefolgschaft war selbst das zu viel. Am meisten Angst hatten sie vor der Überprüfung der Schauprozesse der späten vierziger und frühen fünfziger Jahre, vor allem der durch zahlreiche Todesurteile abgeschlossenen Prozesse gegen László Rajk und seiner Schicksalsgefährten, sowie die Rehabilitierung der noch lebenden Opfer, wie etwa János Kádár. Rákosi, der an der Vorbereitung dieser inquisitorischen, durch extreme Folter ermöglichten Verfahren persönlich beteiligt gewesen war, fürchtete nun die Folgen. Um die Erosion seiner eigenen Macht zu stoppen, wollte er um jeden Preis Imre Nagy aus dem Weg räumen. In diesem Spiel besaß er die besseren Karten – vor allem hervorragende Kontakte in Moskau –, während der Ministerpräsident mit seinen Loyalitätshemmungen gegenüber der Partei von Anfang an zum Scheitern verurteilt war. Rákosi gelang es, Nagy zunächst von seinem Posten zu entfernen, und ihn dann, indem er ihm die zunehmend oppositionellen Regungen ankreidete, aus der Partei auszuschließen. Nun galt Nagy offiziell als Unperson, obwohl er von einem Kreis getreuer Reformkommunisten umgeben war. Er dachte nicht daran, Selbstkritik zu üben und formulierte seine Thesen in mehreren, für seine Anhänger vorbereiteten Aufsätzen. Diese forderten bereits eine Umgestaltung des staatlichen Lebens und nicht zuletzt wachsenden Spielraum der Volksrepublik gegenüber Moskau.

Dennoch half dem Diktator die Verbannung seines Rivalen von der politischen Bühne nicht mehr. Chruschtschows Enthüllungen der Stalinschen Verbrechen auf dem 20.



Parteitag der KPdSU im Februar 1956 erschütterten seine Lage von Grund auf. Einerseits befand er sich in einer hoffnungslosen Konfrontation mit der intellektuellen Elite des Landes und den Reformkräften innerhalb der Partei, die die konsequente Rehabilitierung seiner Opfer sowie Imre Nagys Rückkehr forderten, andererseits wurde er selbst für Moskau unhaltbar. Im Juli 1956 wurde er von den Sowjets abgelöst und bis zu seinem Tod 1971 in die UdSSR verbannt.

Die offizielle Neubestattung Rajks und anderer „Opfer des Personenkults“ wandelte sich in eine Massendemonstration gegen das Regime. Nagy selbst wurde einige Tage später bereits wieder in die Partei aufgenommen, ohne zunächst irgendeine Position zu erhalten.

Die anfänglich friedliche Demonstration der studentischen Jugend und der Arbeiter am 23. Oktober 1956 brachte die Parteiführung in Zugzwang. Zunächst baten sie Moskau dringend um militärische Hilfe, dann wandten sie sich an Imre Nagy, damit er nun wieder als Regierungschef die Rolle des Feuerwehrmanns spielte. Es war zu spät. Als Nagy gegen zehn Uhr Abends den Sitz des Zentralkomitees betrat, stürzten Demonstranten bereits das Stalindenkmal und begannen den Sturm auf das Rundfunkhaus, bei dem es die ersten Todesopfer gab. Einige Demonstranten waren in Besitz von Waffen aus dem Arsenal gelangt und gegen Mitternacht entstanden die ersten Gruppen von Aufständischen. Hingegen erreichten die sowjetischen Panzer die Hauptstadt wegen des dichten Nebels erst in den frühen Morgenstunden. Ihre Ankunft brachte den soeben neu ernannten Ministerpräsidenten in eine Zwickmühle.

Als loyales Parteimitglied kooperierte er zunächst mit dem Zentralkomitee und den aus Moskau geschickten Emissären, Mikojan und Suslow, was seiner Glaubwürdigkeit in den Augen der rebellischen Straße schadete. Zugleich erkannte er, dass die Beruhigung der Bevölkerung in Anwesenheit der sowjetischen Truppen und bei fortgesetztem Blutvergießen nicht denkbar war und versuchte, die Moskauer Führung in diesem Sinne zu beeinflussen, was ihn wiederum für Moskau zunehmend suspekt machte. Da das militärische Eingreifen zunächst erfolglos blieb – die Panzereinheiten eigneten sich schlecht für Straßenkämpfe –, entschied sich der Kreml am 29. Oktober zu einem Auszug aus der Hauptstadt, was von den Aufständischen als eigener Sieg



missverstanden wurde. Es trat ein Waffenstillstand ein. In der neuen Situation musste jedoch Imre Nagy Zugeständnisse machen, die weit über seine ursprünglichen Pläne hinausgingen: Die Wiederherstellung des Mehrparteiensystems und die Auflösung der Staatssicherheitsorgane. Als er dann die ersten Nachrichten über neue sowjetische Truppenbewegungen erhielt, wagte er eine Flucht nach vorne, verkündete den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Vertrag und die Neutralität des Landes. Der Kreml reagierte zuerst ausweichend und schickte sogar eine Militärdelegation, um über die Modalitäten des Auszugs der Sowjettruppen aus dem Lande zu verhandeln. Tatsächlich ließen die Sowjets zu diesem Zeitpunkt Nagy fallen und führten Geheimverhandlungen in Moskau mit dem KP-Führer und Staatsminister der Nagy-Regierung, János Kádár, der bereit war, an der Spitze einer „Revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung“ den Einmarsch und die Zerschlagung der Aufständischen zu legitimieren.

Während die sowjetischen Panzer sich am 4. November bereits dem Parlamentsgebäude näherten, in dem Nagy und seine Ehefrau seit Tagen auch wohnten, hielt der Ministerpräsident seine letzte Rundfansprache: „Sowjetische Truppen haben (...) zu einem Angriff auf unsere Hauptstadt angesetzt, mit der eindeutigen Absicht, die gesetzmäßige, demokratische Regierung (...) zu stürzen. Unsere Truppen stehen im Kampf. Die Regierung ist auf ihrem Platz.“ Der letzte Satz stimmte höchstens für ein paar Minuten. Ein Mitstreiter teilte nämlich dem Ministerpräsidenten mit, der jugoslawische Botschafter habe sich bereit erklärt, Nagy und all denjenigen, die dieser nennen würde, Asylrecht zu gewähren. Daraufhin verließ Nagy das Parlament und fuhr mit einer Staatskarosse direkt zum Botschaftsgebäude. Weder ihn noch andere auf diese Weise Bevorzugten, insgesamt vierzig Personen, Erwachsene und Kinder, hinderten die sowjetischen Truppen am Auszug. Nagy und seine Anhänger ahnten nicht, dass es sich um ein abgekartetes Spiel zwischen Chruschtschow und Tito handelte: Der jugoslawische Staats- und Parteichef wollte mit diesem Schritt Imre Nagy ausschalten, um die Konsolidierung der Regierung Kádár zu erleichtern.

Einige Wochen später erlaubte man der Nagy-Gruppe, die Botschaft zu verlassen und ungehindert nach Hause zu gehen. Stattdessen wurden sie von den Sowjets mit einem Flugzeug nach Rumänien transportiert, wo sie, isoliert von der Außenwelt und teilweise



auch voneinander, ihrem Schicksal entgeghoffen oder -fürchten konnten. Die Entführungsaktion wurde in der Öffentlichkeit als angeblich freiwilliges „Asyl“ in der Rumänischen Volksrepublik kodiert. Kádár, der Jugoslawien gegenüber das freie Geleit schriftlich zugesagt hatte, erklärte am 26. November bei einer Pressekonferenz: „Wir haben versprochen, kein Strafverfahren gegen Imre Nagy und seine Freunde wegen ihrer früheren Sünden einzuleiten, selbst wenn sie später diese zugeben. Wir halten uns an dieses Versprechen.“

Wie ernst die in Aussicht gestellte Straffreiheit gemeint war, zeigten die darauf folgenden Ereignisse. Heute fällt die merkwürdige Rechtsauffassung von Kádár auf. Erstens hätte selbst nach den damals geltenden Gesetzen keine Regierung oder Parteiführung ein Strafverfahren „einleiten“ dürfen, hierfür war allein die Staatsanwaltschaft zuständig. Zweitens hätte niemand ein derartiges Verfahren behindern dürfen, hätten Strafdelikte tatsächlich vorgelegen. In diesem Fall hätte unbedingt Anklage erhoben werden müssen und etwaigen Freispruch oder Strafverschonung konnte nur das Gericht aussprechen. Kádárs Statement zeugte jedenfalls davon, dass in dieser Zeit ein Konzept zum Imre-Nagy-Prozess noch ebenso fehlte, wie die entsprechenden Instruktionen für die formal zuständigen Ermittlungsbehörden.

In der Tat war die neue Führung noch außerstande, einen politischen Prozess zu planen. Vielmehr suchte man nach wie vor die aktuellen Schwierigkeiten zu meistern und die Produktion mitten in der Streikwelle weiterhin funktionierenden Arbeiterräte wieder in Gang zu bringen. Zwar lief bereits eine politische Kampagne gegen Nagy und seine Gruppe, die jedoch darin eher als Opportunisten und Feiglinge vorkamen, die angeblich durch ihre Schwäche der „Konterrevolution Tür und Tor“ geöffnet hatten. Anfang April 1957 sprach Kádár vor dem Parteivorstand zum ersten mal davon, dass die Gruppe Nagy bewusst und „gemeinsam mit dem Imperialismus“ den Aufstand ausgelöst hatte, um die Macht zu erobern, d.h. sich eigentlich eines Staatsstreichversuchs und Landesverrats schuldig gemacht hatte. Auf dieser Grundlage erfolgten die Verhaftungsbefehle gegen Imre Nagy, Ferenc Donáth und einige andere Mitglieder der Rumäniengruppe, die am 9. April 1957 zum Zweck der Ermittlung nach Budapest gebracht wurden.



Das erste Problem bedeutete die Zusammensetzung des Personenkreises, die man bei dem Prozess als „Imre Nagy und Konsorten“ präsentieren sollte. Manche von ihnen befanden sich bereits im Gefängnis und warteten auf das eigene Verfahren: So der Verteidigungsminister Pál Maléter, der Polizeipräsident Sándor Kopácsi und die Journalisten Miklós Gimes und Géza Losonczy. Andere, wie Zoltán Tildy (bis 1948 führendes Mitglied der Partei der Kleinen Landwirte und Präsident der Republik, 1956 Staatsminister in Imre Nagys Koalitionsregierung) befanden sich noch auf freiem Fuß. Es stellte sich die Frage, wie diese sehr unterschiedlichen Personen gemeinsam in den Rahmen eines Verfahrens hineinpassten, wegen Handlungen, die sie in einer Regierung begangen hatten, unter deren Mitglieder auch János Kádár gewesen war. In manchen Fällen hat das persönliche Schicksal den Personen übel mitgespielt: So war Géza Losonczy, einer der von Kádárs Presse am heftigsten attackierten Kandidaten für die Anklagebank, in der Haft während der Zwangsernährung gestorben. Ein anderer „Auserkorener“, József Szilágyi, zeigte sich während des Verfahrens dermaßen unkooperativ, dass man nicht wagte, ihn in den Fall einzubeziehen. Ihm wurde ein eigener Prozess gemacht, der mit der Höchststrafe endete.

So oder so, die Anklageschrift war im August 1957 fertig und wurde nach Moskau gebracht – allein in der Frage des Strafmaßes herrschte eine gewisse Unsicherheit, obwohl man sich in der Parteiführung auf sieben Todesurteile geeinigt hatte. Chruschtschow verhielt sich zurückhaltend und plädierte vor allem für die Verschiebung des Prozesses: dieser sollte erst nach der Sondersitzung der UNO über die „ungarische Frage“ stattfinden. Zu anderen Verschiebungen kam es im Hinblick auf die italienischen Parlamentswahlen, bei denen die KPI um ihre Stimmen besorgt war. Ein begonnener Probestprozess wurde im Februar 1958 am zweiten Tag unter der vorgetäuschten Notwendigkeit von „Beweisergänzung“ vertagt – die UdSSR startete soeben eine Abrüstungsinitiative und wollte ihre Gipfeldiplomatie ebenfalls nicht belasten. Im April 1958 besuchte Chruschtschow Ungarn – auch das war kein geeigneter Termin für eine Verhandlung, die sicher mit einigen Todesurteilen enden würde. Die Verzögerungen trugen maßgeblich zur Verschlechterung des körperlichen und seelischen Zustands der Angeklagten bei, was nicht zuletzt dem Brechen ihres Willens dienen sollte.



Andererseits blieben die Verdächtigen während der Ermittlung von den für die frühen fünfziger Jahre typischen Foltermethoden verschont, sie hatten, wenn auch äußerst selten, Sprechstunden mit ihren Familienangehörigen und konnten fallweise an sie Briefe schreiben. Da jedoch während der Ermittlung klar wurde, dass einige der Angeklagten, vor allem Nagy, die Schuldfrage mit eindeutigem „Nein“ beantworten und sich gegen die Anklage verteidigen würden, dachte man an eine Geheimverhandlung. Diese fand zwischen dem 9. und dem 15. Juni 1958 statt.

Man achtete auf die Formen der Prozessordnung und selbst diejenigen Angeklagten, die sich für schuldig bekannten, stritten einzelne Behauptungen der Anklage ab. Besonders würdevoll verhielt sich Imre Nagy, der bereit war, die Verantwortung für seine Mitstreiter zu übernehmen. Die Pflichtverteidiger nahmen im Rahmen des Möglichen ihre Aufgabe ernst, obwohl sie nur aus einer exklusiven Liste kommunistischer Rechtsanwälte gewählt werden durften. Hervorragend plädierte Nagys Verteidiger, Dr. Imre Bárd, der bereits während der Ära Horthy illegale Kommunisten vor Gericht vertreten hatte und zur Zeit des Nagy-Prozesses Vorsitzender der Rechtsanwaltskammer war. Der alte und bereits schwerkranke Anwalt stellte vor allem die von der Anklage präjudizierte Vorsätzlichkeit von Nagys Handlungen in Frage. Er unterstrich dagegen, dass sein Mandant jederzeit mit Einverständnis der höheren Gremien der Partei und Regierung gehandelt und sein einziges Ziel darin bestanden hätte, vom sozialistischen System zu retten, was noch zu retten war. Bárd hatte mehrere direkte verbale Zusammenstöße mit dem Richter Vida, der ihm sogar drohte, er könnte wegen „Verleumdung der Partei“ einmal selbst auf der Anklagebank landen. Andere Anwälte versuchten die Taten und Motive ihren Mandanten zu relativieren. So behauptete der Verteidiger von Gimes, dass sein Mandant zu stark unter Nagys persönlichem Einfluss gehandelt hätte und dass die von der Anklage geforderte Höchststrafe in seinem Fall unangemessen wäre.

Das Urteil verkündigte der Richter Ferenc Vida. Drei von den acht Angeklagten wurden zum Tode verurteilt, die anderen zur einer Gefängnisstrafe von fünf bis zwölf Jahren, beziehungsweise lebenslänglich. Eine Revision wurde ausgeschlossen. Die Todesurteile wurden am nächsten Tag vollstreckt, die Leichen wurden zuerst im Gefängnishof, dann





in einer entlegenen Parzelle des Kerepesi-Friedhofs verscharrt, alle unter Pseudonymen registriert, so etwa hieß Imre Nagy „Piroschka“.

Inwieweit können wir bei dem Verfahren gegen Nagy und seine Schicksalsgefährten von einem Schauprozess sprechen? Einerseits ist klar, dass die Anklage und das Urteil ein ideologisch konstruiertes Sammelsurium bildeten und künstliche Zusammenhänge zwischen Gegebenheiten geschaffen worden waren, die so nicht existierten. Man baute eine Verschwörungstheorie auf, indem man Fehler, die bei der komplizierten Lage im Oktober/November 1956 fast unvermeidlich gewesen waren oder Versäumnisse als bewusste kriminelle Handlungen darstellte. Zahlreiche Zeugen wurden teils aus ihren Gefängniszellen in Zivilkleidung vorgeführt und meinten mit Recht, dass ihre Aussagen ihr eigenes laufendes Verfahren oder die Behandlung in Haft beeinflussen würden.

Auch von außen kommenden Zeugen war das Risiko ihres Auftritts bewusst.

Das alles erfuhr die ungarische Öffentlichkeit erst nach der Wende 1988/1989.

Die Opposition erzwang die Exhumierung und Neubestattung der sterblichen Überreste der damals Hingerichteten – nicht nur der Imre-Nagy-Gruppe, sondern all der ungefähr 250 Opfer der Rachejustiz der späten fünfziger Jahre. Die Trauerfeier am Heldenplatz und das Begräbnis an der Parzelle 301 verliefen friedlich und symbolisierten gewissermaßen den Abschied von einer Epoche. Erst Jahre später konnte man die rekonstruierte Tonbandaufnahme des Prozesses öffentlich anhören. Offen blieb allerdings die Frage, inwieweit der Imre-Nagy-Prozess und besonders die Todesurteile von Moskau direkt verordnet, oder von der Parteiführung bzw. Kádár selbst initiiert worden waren. Jedenfalls bekannte sich der Parteichef bis zu seinem Tod im Juli 1989 zu seiner eigenen Verantwortung.

Was die aktuelle Bedeutung des Imre-Nagy-Prozesses für die Erinnerungskultur in Ungarn angeht, können wir hier mit wenig guten Nachrichten aufwarten. Obwohl sich die 1988/89 entstandene Demokratie auf den Volksaufstand 1956 als ihre Tradition und Imre Nagy als einen seiner Vorläufer bezog, spielt diese Erbschaft angesichts der konkreten Konstellation der ungarischen Gesellschaft eine sehr geringe Rolle. Vielleicht ist es sogar so annehmbar, jedenfalls besser, als die früheren Versuche, das Gedächtnis des ungarischen Oktobers in parteipolitischen Kämpfen oder rein zeremoniellen Akten



aufgehen zu lassen. Hoffentlich integriert einmal eine Demokratie, welche diese Bezeichnung mehr verdient als die jetzige, jene Tage und ihre Protagonisten in ihre Vorgeschichte.

#### Quellen und Literatur:

György Dalos: 1956. Der Aufstand in Ungarn. C. H. Beck, 2006.

János M. Rainer: Imre Nagy. Vom Parteisoldaten zum Märtyrer des ungarischen Volksaufstands. Schöningh, 2006.

Der Fall Imre Nagy. Eine Dokumentation. Vorwort von Albert Camus. Kiepenheuer und Witsch. O. J.

Kristián Ungváry: Der Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit in der heutigen ungarischen Erinnerungskultur, in: Günther Heydemann / Clemens Vollnhals (Hg.), Nach den Diktaturen. Der Umgang mit den Opfern in Europa, Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 59, Göttingen 2016, S. 189-208.

Alajos Dornbach: The secret trial of Imre Nagy, Westport 1994.

Wolfgang Maderthaner / Hans Schafranek (Hg.): „Ich habe den Tod verdient“. Schauprozesse und politische Verfolgung in Mittel- und Osteuropa 1945-1956, Wien 1991.

Georg Hermann Hodos: Schauprozesse. Stalistiche Säuberungen in Osteuropa 1948-1954, Berlin 2001.